



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz

Es informiert Sie:	Cornelia Brinkhoff
Telefon:	02104/99-1875
Fax:	02104/99-4853
E-Mail:	cornelia.brinkhoff@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 02.12.2015

Niederschrift

zur Sitzung des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz

Sitzungstermin Montag, den 23.11.2015, 15:00 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Udo Switalski

Mitglieder

Dirk Brixius
Jürgen Bullert
Detlef Ehlert
Gabriele Hruschka
Ingmar Janssen
Marc Kammann
Moritz Körner
Martina Köster-Flashar
Friedrich-Ernst Martin
Bernd Müller
Dr. Ophelia Nick
Peter Ratajczak
Helmut Rohden
Prof. Dr. Franz-Viktor Salomon-vom Stein
Hannelore Weber
Peter Werner
Sebastian Wladarz

Verwaltung

Claudia Amthor
Michael Beitelmann
Lothar Breitsprecher
Cornelia Brinkhoff

Anja Büttner
Anika Erzner
Thomas Fritsch
Michael Gertler
Nils Hanheide
Brigitte Heinz
Daniela Hitzemann
Thomas Jarzombek
Christina Moser
Lisa Remus
Gerhard Rott
Torsten Schams
Bernd Schneeweiß
Marion Schulz
Stefan Senftleben
Dorothea Stangier
Thomas Tödter

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
 - 1.1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
 - 1.3. Feststellung der Anwesenheit
 - 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - 1.5. Feststellung der Tagesordnung
 - 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 03.09.2015
3. Änderung der Satzung für das Notarztsystem des Kreises Mettmann 32/017/2015
4. Sachstandsbericht zur Kennzahlenentwicklung im Straßenverkehrsamt 36/002/2015
5. Haushalt 2016 20/038/2015
6. Aktuelles aus dem Bereich Bevölkerungsschutz 32/016/2015
7. Informationen der Verwaltung
8. Nachträge

Nicht öffentlicher Teil

9. Informationen der Verwaltung
10. Nachträge

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Der Vorsitzende, Herr KA Switalski, eröffnet die Sitzung um 15:00 Uhr und verpflichtet zunächst Frau SB Weber.

Herr KA Switalski stellt fest, dass die Mitglieder ordnungsgemäß geladen worden sind. Anschließend stellt er die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Die Tagesordnung wird festgestellt. Dabei weist Herr KA Switalski auf die vorliegenden Veränderungsanträge der Verwaltung sowie auf die Anfrage der SPD-Fraktion zum Haushalt 2016 hin.

Als Berichterstatter im Kreistag für den Tagesordnungspunkt 3 wird Herr KA Werner benannt.

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 03.09.2015

Der Ausschuss genehmigt die Niederschrift zur Sitzung vom 03.09.2015 einstimmig.

Zu Punkt 3: Änderung der Satzung für das Notarztsystem des Kreises Mettmann - Vorlage Nr. 32/017/2015

Herr Hanheide erläutert, dass die Gebühren aufgrund des im Vorjahr erwirtschafteten Überschusses entgegen dem üblichen Trend gesenkt werden können. Um künftige Schwankungen ausgleichen zu können, sollen aus dem Sonderposten lediglich 200.000 € entnommen werden. Die Krankenkassen und der Verband der Ersatzkassen haben den neuen Gebühren bereits zugestimmt.

Beschlussvorschlag für den Kreistag:

1. Den Gebühren in Höhe von

- 321,-- € für den Einsatz eines Notarztes / einer Notärztin,
- 321,-- € für den Einsatz eines Notarztes / einer Notärztin bei der Verlegung eines Notfallpatienten / einer Notfallpatientin und
- 201,-- € für den Einsatz eines Notarzteinsatzfahrzeuges

wird unter Berücksichtigung der zu Grunde liegenden Gebührenkalkulation (*Anlage 1*) zugestimmt.

2. Die 9. Satzung zur Änderung der Satzung für das Notarztsystem des Kreises Mettmann in der Fassung der *Anlage 2* wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 4:	Sachstandsbericht zur Kennzahlenentwicklung im Straßenverkehrsamt - Vorlage Nr. 36/002/2015
--------------------	--

Herr Schneeweiß führt aus, dass die meisten in Form der Kennzahlen gesetzten Ziele zu den Produkten des Straßenverkehrsamtes erreicht und teilweise sogar überschritten wurden.

Ziel der statistischen Werte sei es, Aufschluss über die wesentlichen Sachverhalte und Aufgabenstellungen des Amtes zu geben. Auch solle der Service- und Dienstleistungscharakter durch die Kennzahlen wiedergegeben werden.

Herr Schneeweiß weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die in der Vorlage genannten Zahlen aus Oktober 2015 stammen und auf das Jahresende hochgerechnet wurden. Im Bereich der Geschwindigkeitsüberwachung seien mehr Verstöße verzeichnet worden als angenommen. Es sei zu erwarten, dass diese Zahl durch die Inbetriebnahme der semistationären Geschwindigkeitsüberwachungsanlage auf der der A3 noch gesteigert werde.

Die Kennzahl der durchschnittlichen Wartezeit bei der Führerscheinstelle sei sogar überschritten worden. Die Wartezeit sollte auf 20 Minuten verringert werden. Tatsächlich sei sie von 25 Minuten auf 16 Minuten reduziert worden.

Es sei festzustellen, dass die Zahl der Fahreignungsüberprüfungen aufgrund von Drogenkonsum weiter hoch ist und die Zahl der Fahreignungsüberprüfungen aufgrund von Alkoholkonsum weiter steigt. Allerdings sinke die Zahl der altersbedingten Fälle.

Die Antragszahlen im Bereich der Zulassung unterlägen Schwankungen. Hier solle weiterhin die Wartezeit für Spontankunden reduziert und eine gleichmäßige Personalauslastung erreicht werden. Zielvorgabe sei hier eine Steigerung der Zahl der Terminkunden auf 70%. Tatsächlich sei Ende Oktober bereits eine Steigerung auf 66% erreicht worden. Die Möglichkeit der Terminvereinbarung müsse aber weiter publiziert werden. Eine vollständige Umstellung auf das Terminkundenkonzept soll nicht erfolgen, da andere Behörden hiermit bereits negative Erfahrungen gemacht hätten.

Zur Überwachung der Halterpflichten seien neue Außendienstmitarbeiter eingearbeitet worden. Daher konnten nicht so viele Einsätze erfolgen wie geplant. Die Einsatzzahlen werden zukünftig aber wieder steigen.

Die Steueranzeigen seien bisher nur in einem sehr geringen Maß verfolgt worden, weil zunächst nur eine eingeschränkte Datenübermittlung erfolgt sei. Die Datenübermittlung sei nun aber verbessert worden und die Anzeigen würden zunehmend verfolgt.

Herr KA Ehlert teilt mit, er sei positiv überrascht über die Steigerung der Terminkunden im Bereich der Zulassung auf 66%, da keine entsprechende Werbung erfolgt sei. Er regt an, dass die Händler auf die Möglichkeit der Terminvereinbarung hinweisen sollten.

Herr KA Kammann erkundigt sich, ob auch die älteren stationären Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen noch aktiv seien oder nur noch die neuen verwendet würden.

Herr Schneeweiß teilt mit, dass grundsätzlich noch alle 27 Standorte aktiv seien, allerdings mit unterschiedlicher Auslastung. Die stationären Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen würden alle aus Präventionsgründen bestehen bleiben.

Herr KA Kammann weist außerdem darauf hin, dass die Wartezeiten bei der Zulassung von Sonderfahrzeugen länger seien.

Herr Schneeweiß erklärt, dass es für diese Fahrzeuge einen Sonderschalter gebe, an dem teilweise sehr schwierige Fälle bearbeitet würden. Da sich die Bearbeitungszeit bei solchen Fällen schwer kalkulieren lasse, komme es teilweise zu längeren Wartezeiten.

Herr SB Ratajczak lobt die Möglichkeit der Terminbuchung über das Internet.

Herr KA Werner erkundigt sich, wie bei der Zahl der Entziehung der Fahrerlaubnisse die erhebliche Veränderung im Vergleich zu Vorjahr zu erklären sei.

Frau Heinz führt aus, dass im Bereich der Eignungsüberprüfung eine Personalaufstockung erfolgt sei, weshalb es nun möglich sei, viele Fälle abzarbeiten. Zudem seien die Fallzahlen in den letzten Jahren durch Drogenauffälligkeiten angestiegen.

Zu Punkt 5: Haushalt 2016 - Vorlage Nr. 20/038/2015
--

Der Vorsitzende ruft die in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz fallenden Produkte auf. Die Anträge der Verwaltung sowie die Anfrage der SPD-Fraktion standen bei den jeweiligen Produkten zur Beratung und Beschlussfassung an. Nach abschließender Aussprache schloss sich die Gesamtabstimmung über den Haushalt als Empfehlung für den Kreisausschuss und Kreistag an.

Die in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz fallenden Produkte 01.11.01 (Rechtsberatung und –vertretung), 02.01.01 (Wahlen), 02.02.01 (Ordnungsangelegenheiten), 02.02.02 (Personenstands-, Namens- und Staatsangehörigkeitsangelegenheiten), 02.02.03 (Bußgeldstelle), 02.03.01 (Aufenthaltsrechtliche Angelegenheiten), 02.04.01 (Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung), 02.04.02 (Chemische- und Lebensmitteluntersuchungen), 02.04.03 (Veterinärwesen), 02.05.01 (Verkehrssicherheit), 02.05.02 (Fahr- und Beförderungserlaubnisse), 02.05.03 (Zulassung von Fahrzeugen), 02.05.04 (Überwachung der Halterhaftung), 02.06.01 (Feuerschutz), 02.06.02 (Leitstelle), 02.07.01 (Allgemeiner Rettungsdienst), 02.07.02 (Notarztversorgung), 02.08.01 (Katastrophenschutz) und 02.08.02 (Aufgaben zur Krisenbewältigung) werden jeweils einstimmig angenommen.

Produktbereich 02 (Sicherheit und Ordnung)
Produkte 01.11.01 bis 02.08.02

Produkt 02.02.03

Antrag der Verwaltung

Seite 508 Zeile 7 im Ergebnisplan

Zeile 7	2016	2017	2018	2019	2016	2017	2018	2019
HH-Ansatz in €	5.900.000	5.900.000	5.900.000	5.900.000				
Ansatz (neu) in €	6.200.000	5.900.000	5.900.000	5.900.000				
Differenz in €	300.000							

Herr Hanheide erläutert, dass durch die Einrichtung einer semistationären Geschwindigkeitsüberwachungsanlage auf der A3 Mehreinnahmen zu erwarten seien. Bei der Kalkulation der Mehreinnahmen sei auf die Erfahrungen anderer Behörden zurückgegriffen worden. Die Mehreinnahmen seien am unteren Rand kalkuliert worden.

Seit der Inbetriebnahme der Anlage seien bereits 8.000 Verkehrsverstöße dokumentiert worden, allerdings müsse noch geprüft werden, wie viele der daraus entstandenen Bilder verwertbar sind.

Auch sei offen, ob das Ergebnis dieser Anlage zu Lasten anderer Standorte gehe.

Herr KA Ehlert führt aus, dass er mit hohen zusätzlichen Einnahmen rechne. Als Beispiel führt er die Stadt Bielefeld als einnahmestärkste Stadt im Bereich der Verkehrsüberwachung an.

Frau KA Köster-Flashar erkundigt sich, was mit der Geschwindigkeitsüberwachungsanlage nach Abschluss der Baustellenarbeiten passiere.

Herr Hanheide teilt mit, dass das Gerät gemietet sei. Nach Abschluss der Geschwindigkeitsüberwachung auf der A3 könne das Gerät zurück gegeben oder gekauft werden. Im Falle eines Kaufs würden Teile des Mietpreises auf den Kaufpreis angerechnet. Ob sich ein Kauf tatsächlich rentiert, habe immer etwas mit der Verkehrsintensität zu tun. Die Entwicklungen sollten abgewartet werden, damit dann entschieden werden könne, ob ein weiterer Betrieb erfolgen solle.

Herr KA Müller stellt fest, dass maßgeblich für den Einsatz der Geschwindigkeitsüberwachungsanlage die zahlreichen Unfälle in dem Baustellenbereich seien und nicht die Erzielung von Mehreinnahmen.

Herr Schneeweiß bestätigt daraufhin, dass insbesondere in diesem Bereich viele Unfälle, auch mit Personenschaden, zu verzeichnen seien. Ziel sei es, ein angepasstes Fahren zu erreichen, um Unfälle zu verhindern.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Produkt 02.03.01

Anfrage der SPD-Fraktion

Die SPD-Fraktion fragt an, ob die angesichts der derzeitigen Situation die im HH 2016 angesetzten Sachmittel und Mittel für das Personal (der Ausländerbehörde) ausreichend bemessen sind und wie personelle Engpässe ausgeglichen werden.

Herr Hanheide teilt mit, dass die im Stellenplan 2016 geplante Personalsteigerung von 4,5 Stellen angesichts der derzeitigen Flüchtlingslage nicht ausreichend sei. Zudem würden tatsächlich nur 2,5 Stellen zusätzlich besetzt, da die anderen beiden Stellen bislang durch Personal der Stadt Ratingen abgedeckt seien und diese Stellen nun in Abstimmung mit der Stadt vom Kreis Mettmann gegen Kostenerstattung besetzt würden.

In der Ausländerbehörde seien erhebliche Arbeitsrückstände und immer mehr Fallzahlen zu bewältigen. Dies beziehe sich auf jeden Arbeitsbereich, beispielsweise seien mehrere Tausend Flüchtlinge neu in den Zuständigkeitsbereich der Ausländerbehörde gekommen. Ferner seien derzeit 1753 Menschen ausreisepflichtig.

Es würden bereits weitere Kräfte aus dem Haus in der Ausländerbehörde eingesetzt. Weitere Kräfte würden gesucht. Allerdings entstehe dadurch eine Personaleinschränkung in anderen Bereichen.

Daher werde eine Mehrbedarfsvorlage zu den Stellenplanberatungen in den Kreisausschuss eingebracht.

Frau SB Dr. Nick begrüßt diese Vorgehensweise, da es auch um weitergehende Aspekte, wie zum Beispiel die Erteilung von Arbeiterlaubnissen gehe.

Herr KA Müller erkundigt sich, ob derzeit anstehende Abschiebungen aufgrund von Personalmangel nicht durchgeführt würden. In diesem Fall sei es sinnvoller, Personal einzustellen, als weiterhin dem betroffenen Personenkreis Leistungen zu bezahlen.

Herr Hanheide erklärt, dass es zum Einen nicht genug Personal gebe, um die Rückführungen zeitnah durchzuführen. Zum Anderen seien die meisten Betroffenen nicht bereit, die Entscheidung über ihre Rückführung zu akzeptieren, sondern würden versuchen, diese abzuwenden. Dadurch erhöhe sich der notwendige Personaleinsatz und -aufwand.

Die SPD-Fraktion sieht ihre Anfrage mit diesen Ausführungen als vollständig beantwortet an.

Produkt 02.05.01

Antrag der Verwaltung

Seite 560 Zeile 13 im Ergebnisplan

Zeile 13	2016	2017	2018	2019	2016	2017	2018	2019
HH-Ansatz in €	237.250	222.750	221.000	221.000				
Ansatz (neu) in €	454.000	222.750	221.000	221.000				
Differenz in €	216.750							

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Produkt 02.07.02

Antrag der Verwaltung

Seite 632 Zeile 4, 13, 16 im Ergebnisplan

Zeile 4	2016	2017	2018	2019	2016	2017	2018	2019
HH-Ansatz in €	5.279.500	5.279.500	5.479.500	5.529.500				
Ansatz (neu) in €	5.239.300	5.279.500	5.479.500	5.519.500				
Differenz in €	-40.200							

Zeile 13 / 12	2016	2017	2018	2019	2016	2017	2018	2019
HH-Ansatz in €	4.680.150	4.713.550	4.926.750	5.018.300	4.680.150	4.713.550	4.926.750	5.018.300
Ansatz (neu) in €	4.658.100	4.713.550	4.926.750	5.018.300	4.641.250	4.713.550	4.926.750	5.018.300
Differenz in €	-22.050				-38.900			

Zeile 16	2016	2017	2018	2019	2016	2017	2018	2019
HH-Ansatz in €	397.000	371.000	376.000	381.000				
Ansatz (neu) in €	402.950	376.950	381.950	386.950				
Differenz in €	5.950	5.950	5.950	5.950				

Frau SB Weber bittet um eine Aufschlüsselung der Notarztgestellungskosten zwischen privaten und öffentlichen Anbietern.

Die Antwort der Verwaltung lautet, dass die Notarztgestellungskosten durch „Private“ rund 67% der Notarztgestellungskosten betragen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

GESAMTABSTIMMUNG

Der Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz nimmt den vorliegenden Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2016 – soweit er in seinen Zuständigkeitsbereich fällt – zur Kenntnis und empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Entwurf mit den beratenen Änderungen zuzustimmen und an den Kreistag zur Beschlussfassung weiterzuleiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 6: Aktuelles aus dem Bereich Bevölkerungsschutz - Vorlage Nr. 32/016/2015

Herr Schams informiert den Ausschuss anhand einer PowerPoint-Präsentation über den aktuellen Stand der Weiterentwicklung der Kreisleitstelle, der Rettungsdienstbedarfsplanung und der Rettungsdienstschule. Die PowerPoint-Präsentation wird der Niederschrift als Anlage 3 beigelegt.

Frau KA Hruschka erkundigt sich, wie weit die Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplans in den Kommunen zeitlich umsetzbar sein wird.

Herr Schams teilt mit, dass die Rettungswachen schon jetzt die Möglichkeit hätten, einen Mehrbedarf im Rettungswesen zu prüfen und vorzubereiten und die ggf. erforderlichen Maßnahmen einzuleiten.

Herr KA Müller bittet um Erklärung, wie die Reduzierung von siebzehn auf zehn Fahrzeuge bei Einhaltung der Einsatzzeiten möglich sei. Auch fragt er, ob es Statistiken über Fehleinsätze gebe und ob die Bevölkerung über die Kosten eines Fehleinsatzes aufgeklärt werden solle. Herr Schams erläutert, dass von der Reduzierung der Fahrzeuganzahl nur die Krankentransportfahrzeuge und nicht die Notfallrettungsmittel betroffen seien. Laut des vorliegenden Gutachtens bestehe nachts ein Bedarf von ein bis zwei Krankentransporten in der Stunde, tagsüber von zehn. Dieser Bedarf könne daher kreisweit auch mit zehn Fahrzeugen gedeckt werden. Es solle bei der Reduzierung der Fahrzeugzahl bzw. der Erhöhung bei den Notfallrettungsmitteln wie ohnehin bei der Umsetzung des Rettungsdienstbedarfsplans aber mit einem Stufenplan gearbeitet werden.

Im Weiteren führt Herr Schams aus, dass die Fehleinsätze bei den Rettungswagen zunehmen, bei den Notfalleinsätzen jedoch nicht. Dies läge daran, dass nachts im Zweifel ein Rettungswagen zum Einsatzort geschickt werde.

Herr Hanheide betont, dass die Ausführungen des Kreisbrandmeisters das Ergebnis eines Gutachtens wiedergeben, welches im Hinblick auf die betriebswirtschaftlich günstigste Möglichkeit erstellt wurde. Die Krankenkassen als Kostenträger werden ebenso wie die kreisangehörigen Städte als Träger rettungsdienstlicher Aufgaben in das Verfahren einbezogen. Letztlich müsse man davon wegkommen, Rettungswagen für Krankentransporte einzusetzen.

Auf die Frage von Frau SB Weber, ob die Schließung eines Krankenhauses zu höheren Transportzahlen führen würde, teilt Herr Schams mit, dass in Monheim in einem derartigen Fall längere Einsatzzeiten bei den Rettungswagen entstanden seien, weshalb der Bedarf angepasst worden ist.

Frau KA Köster-Flashar erkundigt sich nach den Überlegungen, die Altenpflegeschule in die Örtlichkeit der Rettungsdienstschule einzubeziehen.

Herr Hanheide führt aus, dass dieser Aspekt von den von der Bildungsakademie benötigten Räumlichkeiten und den entstehenden Kosten abhängig sei. Inwieweit dies umsetzbar sei, werde noch geprüft.

Herr SB Körner fragt, wie sich der Prozess des Mitnehmens der kreisangehörigen Städte bei der Rettungsdienstbedarfsplanung gestalte. Herr Schams erläutert, dass die Maßnahmen nur umsetzbar seien, wenn sich alle Städte mit dem fortgeschriebenen Plan einverstanden erklären. Der Aspekt der Wirtschaftlichkeit bei den Krankentransporten solle nicht für einzelne Kommunen sondern für den kompletten Kreis Mettmann betrachtet werden.

Auf die Frage von Frau KA Hruschka, ob für die nächtlichen Krankentransporte Hilfsorganisationen einbezogen werden könnten, erklärt Herr Schams, dass sodann ein Ausschreibungs-

verfahren durchgeführt werden müsse. Die Erfahrung zeige, dass der Bereich Krankentransporte gerade für Hilfsorganisationen eher unwirtschaftlich sei. Herr Hanheide weist darauf hin, dass letztlich die Städte eine solche Vergabe durchführen müssten.

Zu Punkt 7: Informationen der Verwaltung
--

Keine

Zu Punkt 8: Nachträge

Keine

Der Vorsitzende stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 16:48 Uhr

gez.
Udo Switalski

gez.
Cornelia Brinkhoff